

# Antrag Nr. 15-O-12-0027

## SPD-Fraktion

---

### Betreff:

Sanierungs- und Investitionsstau an der Justus-von-Liebig-Schule

### Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

1. Der Ortsbeirat Erbenheim unterstützt uneingeschränkt die ihm kürzlich zugegangene Stellungnahme der Schulleitung der Justus-von-Liebig-Schule vom 26.05.2015, in der sehr eindrucksvoll und detailliert auf den dringlichen Sanierungs- und Investitionsbedarf dieser Schule hingewiesen wird.
2. Magistrat (Schuldezernat) und Stadtparlament werden nachdrücklich aufgefordert, nach Abschluss der zeit- und kostenaufwändigen Planung, möglichst kurzfristig für den Beginn der bereits 2013/2014 zugesagten Bauarbeiten zu sorgen.

### Begründung:

Schulleitung, Elternbeirat und Ortsbeirat haben kein Verständnis dafür, dass der längst überfällige und schon für das Schuljahr 2014/2015 zugesagte Ausbau der Liebig-Schule in den „Pausenmodus“ versetzt wurde und damit auf unbestimmte Zeit vertagt werden soll.

Dabei sind auch der bauliche Zustand des Alt-Baus (zu kleine Klassenräume mit schlechter Akustik, fehlende Differenzierungsräume und Schülertoiletten, mangelhafte Lagermöglichkeiten für Lehr- und Lernmittel, marodes Wasserleitungssystem usw.) sowie die - trotz einiger Investitionen - immer noch desolate Turnhalle (feuchte Wände, herabfallender Außenputz, total veraltete sanitäre Anlagen aus der Nachkriegszeit, undichte Fenster, hohe Heizkosten usw.) in hohem Maße kritikwürdig und verbesserungsbedürftig.

Es besteht in allen Bereichen dringender Handlungsbedarf. Deshalb ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass die bereits seit dem Schuljahr 2013/2014 bestehende 5-Zügigkeit - trotz aller bisherigen Aussagen - auch in 2016/2017 baulich nicht umsetzbar sein soll. Auch wenn sich die ursprüngliche Planung (Aufstockung des Bestandsgebäudes) offensichtlich nicht realisieren lässt, kann die dadurch notwendig gewordene sehr zeitaufwändige und kostspielige Alternativplanung nicht dazu führen, dass die konkrete Umsetzung jetzt an der

fehlenden Finanzierung scheitert und auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden soll. Wer diese Situation tatenlos hinnimmt, versündigt sich an der Zukunft unserer Kinder.

Wir erwarten deshalb von den politisch Verantwortlichen dieser Stadt, dass sie ihrer Verantwortung für Bildung und Gesundheit der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler gerecht werden und bei den anstehenden Beratungen endlich eine rasche und überzeugende Lösung für die seit Jahren anstehenden Probleme finden.

Wiesbaden, 01.07.2015

Reinhold  
Fraktionssprecher